

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung der am 1. März 2009 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **13. Mai 2009**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Angelobung in die Gemeindevertretung
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Jahresrechnung 2008
5. Jahresrechnung 2008 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
6. Verlängerung Kontokorrentkredit
7. Neuerrichtung Transportleitung Maria Bühel (Wasserversorgung)
8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Neubau HAK/PTS
 - a) Zwischenfinanzierungsdarlehen
 - b) Beauftragung bauphysikalische Bearbeitung
 - c) Beauftragung Planung und örtliche Bauaufsicht elektronische Anlagen
 - d) Beauftragung Planung und örtliche Bauaufsicht haustechnische Anlagen
 - e) Beauftragung statische und konstruktive Bearbeitung
9. Aufträge, Anschaffungen
10. Subventionen
11. Allfälliges
12. **Anbringung einer Werbeanlage** (*nachträglich aufgenommen*)

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer – erscheint um 20.00 Uhr
GV Josef Auzinger
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Michael Hillebrand, MAS
GV Bärbel Stahl
GV Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Anna Schick
GV Martin Neumeier
Stadtrat Dietmar Prem
GV Georg Meindl
GV Johann Tutschka
Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller
GV Anneliese Höller

Entschuldigt abwesend:

GV Gerhard Rosenstatter

GV Peter Illinger

Weiters anwesend:

Dipl.-Ing. Stephan Kettl zu TOP 7.

Ewald Feichtinger, Finanzberater, zu TOP 8. a)

Wolfgang Tajkovsky, Leiter Finanzverwaltung, zu TOP 4 – 8. a)

Arch. Dipl.-Ing. Arnold Schmitzer, pm1, zu TOP 8. b) – e)

Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter, zu TOP 8. a)

Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 8 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 21 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es besteht gegen die Tagesordnung kein Einwand.

Weiters liegt aufgrund der Dringlichkeit ein Antrag gem. § 25 Abs. 8 Sbg. GdO 1994 i.d.g.F. um nachträgliche Aufnahme eines Tagesordnungspunktes in die heutige Sitzung vor. Der Tagesordnungspunkt lautet „Anbringung einer Werbeanlage“ und soll nach „Allfälliges“ als Punkt 12. angefügt werden. Unterfertigt ist der Antrag von Bürgermeister Peter Schröder, 1. Vizebürgermeister Otto Feichtner, Stadtrat Wolfgang Stranzinger und Stadtrat Mag.(FH) Danner.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Tagesordnungspunkt „12. Anbringung einer Werbeanlage“ zur Behandlung in der heutigen Sitzung aufzunehmen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Die Bürgerfragestunde kann entfallen, da keine Wortmeldungen vorliegen.

2. Angelobung in die Gemeindevertretung

Für das nach der Gemeindevertretungswahl am 1. März 2009 noch nicht besetzte Gemeindevertretungsmandat der FPÖ wurde Frau Anneliese Höller nominiert.

Die Angelobung von Frau Höller als Gemeindevertreterin erfolgt durch den Bürgermeister. Dieser verliest folgende Gelöbnisformel: „Ich gelobe, die Gesetze des Bundes und des Landes Salzburg gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen zu fördern“.

Frau Höller gelobt in die Hand des Bürgermeisters „ich gelobe“.

3. Berichte des Bürgermeisters

Mag. Thomas Stadler hat in Zusammenarbeit mit Arch. Dipl.-Ing. Soyka und einer Schulklasse ein Projekt bzw. Entwürfe über die mögliche zukünftige Optik des Stille-Nacht-Platzes gestaltet. Die Präsentation der Modelle findet am 18. Juni ab 17.00 Uhr in der Architektenkammer Salzburg statt. Herr Stadler lädt alle interessierten Gemeindevertretungsmitglieder zu dieser Präsentationsveranstaltung ein.

4. Jahresrechnung 2008

Am 11.05.2009 hat der Überprüfungsausschuss getagt (konstituierende Sitzung). Dieser hat sich mit der vorliegenden Jahresrechnung 2008 befasst. Bürgermeister Schröder ersucht Überprüfungsausschuss-Obmann Hagmüller um seinen Bericht.

GV Hagmüller: Die Jahresrechnung der Stadtgemeinde sowie die der Immobilien KG wurden geprüft und vom Leiter der Finanzverwaltung alle offenen Fragen zur Zufriedenheit beantwortet. Der Überprüfungsausschuss empfiehlt einstimmig beide Jahresrechnungen der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung.

Bürgermeister Schröder hält fest, dass die Unterlagen zu beiden Jahresrechnungen den Mitgliedern der Gemeindevertretung bzw. den Fraktionsobmännern übermittelt wurden und erläutert anhand nachfolgender Powerpoint-Präsentation die Jahresrechnung der Stadtgemeinde.

	Ertrag	Aufwand
Gemeindeabgaben	1.275.291	
Ertragsanteile	4.216.711	
Landesumlage		256.724
Finanzzuweisungen	198.339	
Rücklagen, Geldverkehr	28.037	
Selbstträgerschaft	72.089	59.000
Gemeindeorgane		104.631
Hauptverwaltung		416.140

	Ertrag	Aufwand
Feuerwehr		109.658
Pflichtschulen		873.828
Berufsschule		69.407
Kindergärten		576.571
Kinderbetreuung u. Jugenderziehung		95.999
Sport		122.038
Bücherei		41.028
Musikpflege		66.585
Heimatpflege		101.714

	Ertrag	Aufwand
Kirche		70.533
Sozialausgaben		765.086
Krankenanstalten		207.225
Gemeindestraßen, Bauhof		525.414
Wirtschaftsförderung		16.993
WC-Anlagen		14.593
Parkanlagen		59.641
Straßenbeleuchtung		80.144
Grundbesitz, Gebäude		456.834

	Ertrag	Aufwand
Seniorenwohnhaus		234.471
Stadthalle		394.885
Sonstiges		126.889
	5.790.468	5.846.029
Überschuss 2007	60.013	
Summe	5.850.480	5.846.029
Überschuss 2008	4.452	

Bürgermeister Schröder ergänzt: Wir haben im Vorjahr sehr viele Maßnahmen im Straßenbau umgesetzt und das Grundstück für den Schulbau gekauft. Wir sind auch in Vorleistung für die Architektenkosten für den HAK-Bau gegangen und haben hier auch schon wieder einiges an Geld zurück bekommen. Wir können zufrieden sein, was die Bundesertragsanteile betrifft. Hier war das abgelaufene Jahr ein gutes Jahr. Sowohl heuer als auch im kommenden Jahr wird es einen massiven Rückgang bei den Bundesertragsanteilen geben und wir werden sicherlich haushalten müssen. Durch die Umstrukturierung im Bereich des Krankenhauses haben wir den Schuldenstand bereinigen können. Es wird um Wortmeldungen zur Jahresrechnung 2008 gebeten!

Stadtrat Prem dankt Wolfgang Tajkovsky und Doris Moßhammer vorweg und führt Folgendes aus: Die NOW stimmt der Jahresrechnung zu. Ich habe mir grob die Budgetspitze ausgerechnet und bin auf ca. € 700.000,- gekommen. Wir hatten 2008 eine Hochkonjunktur. Der Abgang ist optisch und finanztechnisch schlecht gelöst. Zum Schuldenabbau: Hier ist uns das Krankenhaus zugute gekommen, weiters auch der „Kapitaltransfer“ vom Reinhalteverband. Die beiden Verträge zusammen machen das aus, was wir an Schuldenabbau geleistet haben. Wir konnten in der Jahresrechnung allerdings keine gravierenden Dinge finden, daher stimmen wir ihr zu.

Stadtrat Mag.(FH) Danner stellt zwei finanztechnische Fragen an Wolfgang Tajkovsky: Warum ist bei den Dauerschuld-Verpflichtungen der Steg nicht enthalten? Zu den Haftungen: der Reinhalteverband hat Kassenkreditfinanzierung. Gibt es da auch eine Haftung der Gemeinde?

Wolfgang Tajkovsky: Der Steg ist in den Haftungen enthalten. Derzeit gibt es keine Haftung für die Kassenkreditfinanzierung des RHV.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die Jahresrechnung spiegelt das wider, was wir im letzten Jahr hier gemeinsam beschlossen haben. Auch wir werden der Jahresrechnung natürlich unsere Zustimmung erteilen. Wir haben die Beschlüsse größtenteils mitgetragen. Zum Inhaltlichen: Es bereitet uns die Entwicklung Sorgen und wie sie dargestellt wird.

Zu den Einnahmen: Bei den Kindergärten verschlechtert sich die Relation immer mehr, der Anteil, den wir mit eigenen Beiträgen decken, wird immer höher. Die Ausgaben steigen hier, die Einnahmen sinken. Bei der Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser waren wir uns bewusst, dass wir durch das gemeinsame Haus mit Bürmoos vorerst in die Verlustzone geraten werden. Ich hoffe, dass wir mit 2009 ausgleichen können. Die Krankenhausgebarung ist schon größtenteils aus dem Gemeindebudget weg. Leider haben wir trotzdem nicht den großen Handlungsspielraum, den wir uns wünschen. Er wird sich in den nächsten Jahren nochmals deutlich einschränken.

Beim Schuldenstand sind wir hinsichtlich der Interpretation nicht ganz einer Meinung. Die Verpflichtungen des Reinhaltverbandes sind nicht enthalten. Im Prinzip gilt Ähnliches für die Dauerverpflichtungen, wo ein großer Sprung gegeben ist.

Die Einnahmen entwickelten sich bis 2008 sehr gut. Wir haben die letzten Jahre mehr Einnahmen als die Jahre zuvor. Trotzdem haben wir eigentlich keinen Spielraum. Wir schieben Dinge in die Zukunft. Richtig würden wir es finden, diese Dinge ins Gemeindebudget zu übernehmen und nicht in Nebenrechnungen zu parken. Nach der Wahl vom 1. März wäre dies nun an der Zeit. Der Zeitraum bis zur nächsten Wahl ist für den Schuldenabbau ausreichend. Doch ich wiederhole: Wir stimmen der Jahresrechnung zu!

Stadtrat Dr. Weihs: Wir stimmen der Jahresrechnung ebenfalls zu. Es wurde seriös gearbeitet und nichts verschwendet. 2008 gab es eine gute Einnahmenentwicklung. Zum Thema Verkehrsberuhigung fehlt uns etwas; vielleicht gibt es ja doch noch einmal ein Verkehrskonzept. Das Geld ist eher in den Ankauf des Schauer-Grundes geflossen. Das war eine politische Entscheidung. Doch im Wesentlichen können wir mit gutem Gewissen zustimmen.

Stadtrat Stranzinger bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeitern der Finanzverwaltung und hält fest, dass es bezüglich der Jahresrechnung nicht viel zu diskutieren gibt. Der Kauf des Schauer-Grundes um € 393.000,- konnte ohne Neuverschuldung finanziert werden, es wurden Straßensanierungsmaßnahmen finanziert und Vorleistungen für den Schulneubau geleistet. Der Wortmeldung von Hannes Danner ist zu entgegnen, obwohl das Krankenhaus natürlich nicht mehr dabei ist, haben wir ja doch einiges investiert, was ohne Neuverschuldung sonst nicht möglich gewesen wäre. Beim Thema Kindergarten stimme ich mit ihm überein. Wir stimmen selbstverständlich der Jahresrechnung zu. Zu Dietmar Prem: Im Wesentlichen passt alles, doch wenn du sagst, man könnte etwas anders machen, dann erwarte ich mir auch einen Lösungsvorschlag.

Bürgermeister: Ich beginne mit der Wortmeldung von Dietmar Prem „der Abgang ist optisch und finanztechnisch schlecht gelöst“. Wir haben die Schauer-Wiese gekauft und andere Investitionen getätigt, die während des Jahres schnell vergessen werden (Sportförderung – Turnhalle etc.). Hier würde ich mir eine andere Argumentation wünschen und auch, dass man nicht vergisst, was die Stadt für Vereine getan hat, was nicht selbstverständlich ist. Es wird kein Darlehen für den Grundstücksankauf in Anspruch genommen. Der Überschuss ist so zu sehen, dass wir aus dem Ordentlichen Haushalt den Betrag aufbringen können.

Zu Stadtrat Danner: Betreffend Kindergarten gebe ich dir Recht. Die Situation wird schwieriger werden und der Gratiskindergarten wird für die Gemeinden eine weitere Belastung bringen, auch im Sinne des Verwaltungsaufwandes. Wir sind jedoch in der glücklichen Lage, dass es uns nicht so geht wie der Stadt Salzburg. Der Städtebund wird noch darüber nachdenken können. Was den Deckungsbeitrag betrifft, gab es einen einstimmigen Beschluss, dass die Kindergartengebühr nicht erhöht wird. Der Beitrag der Eltern ist ein sehr geringer und es sollte öfter transportiert werden, dass die Gemeinde eigentlich ohnehin schon einen Gratiskindergarten zur Verfügung stellt.

Zum Seniorenwohnhaus: Die Verwaltungsgemeinschaft der beiden Häuser Oberndorf und Bürmoos gibt es erst seit einem Jahr. Die Situation war prognostiziert. Es sieht jedoch besser aus, als wir gedacht haben.

Zum Krankenhaus: Die Stadtgemeinde wäre in der nächsten Zeit sicher nicht in der Lage, es zu finanzieren, auch nicht die jetzt stattfindenden Baumaßnahmen. Wenn man die Unter-

nehmen betrachtet, die hier tätig sind, so sind es Firmen aus Oberndorf und der Umgebung. Ich denke, wir haben hier den richtigen Schritt gewählt.

Was das „Schulden parken“ bezüglich des RHV betrifft, ist Folgendes festzuhalten: Wir haben die Straßen mit den Interessentenbeiträgen ausfinanziert. Wir wissen alle, dass die Bauabschnitte 07 und 08 keine Wunschprojekte der Stadt waren, sondern dadurch hervorgehoben wurden, dass wir gemäß den gesetzlichen Vorschriften vom Misch- auf Trennsystem umstellen mussten. Die Kanalbaumaßnahmen würden durch die Interessentenbeiträge abgedeckt werden. Es sind noch große Beitragszahlungen ausstehend. Wir sind jedoch guter Dinge, dass jene Beiträge, die an die Stadt zu leisten sind, hoffentlich auch zu bekommen sind – wenn die Rechtssprechung dies entscheidet. In diesem Jahr sind einige Interessentenbeiträge zu erwarten – dazu zählt auch das Krankenhaus.

Zu Verkehrskonzept und Schauer-Wiese: Über das Konzept wird man sich noch unterhalten können. Doch wir haben vorerst jene Dinge zu leisten, die wir leisten müssen. Heuer wird es wahrscheinlich so sein, dass wir € 200.000,- bis € 300.000,- weniger an Bundesertragsanteilen zu erwarten haben. Daher rufe ich dazu auf, bei jeder Maßnahme, die wir setzen, auch daran zu denken, dass wir nicht wissen, was das nächste Jahr bringt.

GV Neumeier: € 30.000,- sollten auf jeden Fall für das Bauprojekt der Pfadfinder budgetiert werden und man sollte wenn möglich danach trachten, dass eventuell früher ausbezahlt wird.

Bürgermeister: Wir haben heuer an die Pfadfinder bereits € 40.000,- ausbezahlt. Dieser Betrag war im Budget enthalten. Ich habe gesagt, wir werden sehen, was wir unterbringen können. Wir können nichts versprechen. Das Wirtschaftsjahr wird es zeigen, doch wenn es möglich ist, werden wir natürlich auszahlen. Das wurde versprochen und das werden wir auch halten.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es ist natürlich erfreulich, dass wir den Grundkauf ohne Darlehensaufnahme geschafft haben, doch dadurch sind andererseits gewisse Dinge nicht möglich gewesen – z. B. Subvention Pfadfinder, Verlegung Schulweg etc.. Jede Sache hat zwei Seiten. Zum Gratis-Kindergartenjahr: Im Parlament wird so ein Beschluss natürlich leicht gefasst und dann auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen.

Bürgermeister: Das ist auf Umwegen eigentlich ein weiteres Schuljahr, das auf Kosten der Gemeinden beschlossen wurde. Für ein tatsächliches Schuljahr hätten der Bund und die Länder die Kosten zu tragen.

Zum Darlehen: Die Gemeindevertretung hat beschlossen, und es war eine Forderung der NOW, dass versucht werden sollte, kein Darlehen in Anspruch zu nehmen. Sollte die Gemeindevertretung heute etwas Anderes beschließen, so ist mir das auch recht. Ich möchte aber in keiner sog. „Glanzbroschüre“ stehen haben: „Der Bürgermeister hat den Schuldenstand erhöht.“ Das ist eine Entscheidung der Gemeindevertretung und nicht des Bürgermeisters. Wenn es einen Antrag gibt, werden wir in sicherlich in der Gemeindevertretung diskutieren.

Zum Erläuterungswunsch von GV Meindl betreffend der Sportförderung des Turnvereins hält Bürgermeister Schröder fest, dass der Turnverein im Vorjahr € 70.000,- erhalten hat, ein Betrag, zu dem wir auch stehen. Doch die Aussage „finanztechnisch schlecht gelöst mit € 55.000,- Abgang“ – diese € 70.000,- müssten bedeckt werden. Dafür kann man sagen, hat man die € 55.000,- aus den Überschüssen des Vorjahres verwendet.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Jahresrechnung 2008 der Stadtgemeinde Oberndorf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

5. Jahresrechnung 2008 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Wolfgang Tajkovsky, Leiter der Finanzverwaltung, erläutert die Jahresrechnung 2008 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG lt. nachstehender Vorlage:

Baumaßnahmen HAK/HAS/PTS	
Ausgaben	
Baukosten	83.716,41
Summe Ausgaben	83.716,41
Einnahmen	
Darlehen Stadtgemeinde Oberndorf	83.716,41
Summe Einnahmen	83.716,41
Abgang Baumaßnahmen	-----
Betriebskosten	
Ausgaben	
Betriebskosten Hauptschule	216.995,53
Geldverkehr	2.213,28
Darlehenssondertilgung Stadtgemeinde Oberndorf	39.650,00
Darlehensstilgung Stadtgemeinde Oberndorf	24.724,00
Darlehenszinsen Stadtgemeinde Oberndorf	16.073,00
Summe Ausgaben	299.655,81
Einnahmen	
Miete Stadtgemeinde Oberndorf	242.155,13
Sonstige Einnahmen	2.436,49
GAF-Mittel von Stadtgemeinde Oberndorf	39.650,00
Geldverkehr	9.929,75
Summe Einnahmen	294.171,37
Abgang Betrieb	5.484,44
Abgang Gesamt	5.484,44
Entnahme Soll-Überschuss 2007	5.484,44
Verbleibt Soll-Überschuss 2008	- 0,00
Rückstellungen	
Soll-Überschuss	4.261,94
Einlage Kommanditist	500,00
Summe Rückstellungen	4.761,94
Schulden	
Darlehen Stadtgemeinde Oberndorf Hauptschule	741.323,78
Darlehen Stadtgemeinde Oberndorf PTS	83.716,41
Summe Schulden	825.040,19

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Jahresrechnung der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG in der vorstehenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Verlängerung Kontokorrentkredit

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat bei der Salzburger Sparkasse einen Kontokorrentkredit mit dem Rahmen von € 300.000,00. Der Zinssatz beträgt 0,500 % Aufschlag auf den 3-Monats-Euribor aufgerundet auf volle Achtel. Der 3-Monats-Euribor war am 30.04.2009 1,365 %.

Der Kontokorrentrahmen dient zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen, die durch zeitliche Verschiebungen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen können (z. B. Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen und Gemeindebeiträgen; Ausgaben für Lohnkosten, Annuitäten und Sozialabgaben).“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Verlängerung des Kontokorrentkredites bei der Salzburger Sparkasse zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Neuerrichtung Transportleitung Maria Bühel (Wasserversorgung)

Dipl.-Ing. Kettl steht bei diesem Tagesordnungspunkt für Fachfragen zur Verfügung.

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Nachdem die im Jahr 1985 errichtete Transportleitung zur Anspeisung des Hochbehälters Maria Bühel bzw. zur Versorgung der Tiefzone zunehmend Rohrbrüche aufweist, welche bereits große Schäden verursacht haben, ist eine Neuerrichtung dieser Leitung in einem langfristig gesicherten Trassenbereich unerlässlich. Das entsprechende Projekt hierzu wurde bereits wasserrechtlich genehmigt. Die Trasse verläuft größtenteils abgehend vom Behälter in der St. Georgener Landesstraße sowie in der Salzburger Straße (Gastag) bis auf Höhe Mairoll.

Budgetär wurde infolge der abgeschätzten hohen Kosten ein Betrag von € 337.000,-- netto, aufgeteilt auf die Jahre 2009, 2010 und 2011, bereits berücksichtigt. Die im offenen Verfahren (Unterschwellenbereich) durchgeführte Ausschreibung wurde auf den gesamten Umfang erstreckt und hat laut dem nun vorliegenden Vergabevorschlag die Firma STRABAG als Billigst- und Bestbieter ausgewiesen. Ein Abänderungsangebot (Firma Swietelsky) sowie das Billigstbieterangebot der Firma Koller Bau GmbH waren infolge maßgeblicher Abweichungen von den Ausschreibungsvorgaben von einer weiteren Beurteilung auszuschließen.

Vergabe an die Firma

STRABAG GmbH, Steindorf 43, 5570 Mauterndorf

mit folgender Auftragssumme

➤	LV- Summe	EUR	315.225,92
➤	zzgl. 20 % USt	EUR	63.045,18
➤	SUMME BRUTTO	EUR	378.271,10

Anmerkung: Es handelt sich hierbei um Leistungen, für welche die Stadtgemeinde umsatzsteuerbefreit ist.

Finanzierungserfordernis für die Stadtgemeinde Oberndorf (Summen netto) zum Vergleich zur derzeit vorliegenden budgetären Bedeckung:

Angebotssumme STRABAG	€315.226
Kostenanteil Landesstraßenverwaltung	€ 27.500
Kostenanteil Wasserleitung	€ 287.726
davon Kostenanteil Wiedereinrichten 2010:	
010107A	€ 1.187
010105A	€ 855
180102A	€ 257
180106A	€ 171
Summe	€ 2.470

Ingenieurleistungen:

Projektierung / Bauaufsicht	€ 39.000
Geometer	€ 3.000
Beweissicherung	€ 2.000
Summe	€ 44.000

Förderung KPC

Förderanteil Baukosten 15%	€ 43.159
Laufmeterpauschale (Kataster und Grabung...) 2 x 2€ auf 926 lfm	€ 3.704
Förderanteil Ingenieurleistungen 15%	€ 6.600
Summe	€ 53.463

Summe Finanzierungserfordernis Stadtgemeinde netto	278.263
---	----------------

Preisgleitung bei ca. 60 % Ausführung 2010: 2 %

€ 3.453

Möglichkeit zur Vorfinanzierung durch die Firma Strabag:

Summe Ersparnis Wiedererrichten	€ 2.470
Summe Ersparnis Preisgleitung	€ 3.453
max. Summe für Vorfinanzierung	€ 5.923

Wie in der o. a. Aufstellung ersichtlich ist, kann für die Baumaßnahme eine Förderung beantragt werden. Die entsprechenden formalen Erfordernisse wurden vorbereitet und eingehalten. Des weiteren kann ein Teil der Kosten (Straßensanierung) an das Amt der Salzburger Landesregierung weiterverrechnet werden. Somit verbleibt unter Berücksichtigung der Ingenieurleistungen und Nebenkosten ein Bedeckungserfordernis für die Stadtgemeinde von ca. € 279.000,-- netto.

Seitens der Firma Strabag wurde angefragt, ob eine umfassende Errichtung im Jahr 2009, unter der Maßgabe der Vorfinanzierung durch die Firma Strabag, denkbar ist. Eine derartige Lösung ist in Anbetracht der Mehrkosten durch eine Splittung der Baumaßnahme in Bauteile 2009/2010 empfehlenswert, solange die dadurch entstehenden Kosten nicht höher werden.“

Bürgermeister Schröder erläutert den Amtsbericht im Detail.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Scheinen die rund € 200.000,--, welche nicht bezahlt sein werden, im Schuldenstand auf?

Wolfgang Tajkovsky: Nein, weil der Betrag im Mittelfristigen Finanzplan auf drei Jahre verteilt ist. Die Rechnung wird aufgeteilt gestellt. Es handelt sich um eine nicht fällige Verwaltungsschuld.

Stadtrat Dr. Weihs möchte zur Vorfinanzierung wissen, ob die Firma Strabag für die vorfinanzierten Gelder Zinsen verrechnet, die günstiger sind, als wenn wir selber finanzieren.

Dipl.-Ing. Kettl: Grundsätzlich wurde in 3 Teilen bis 2011 ausgeschrieben. Es wurde natürlich nachgefragt, warum wir den Bau gesplittet haben. Wir haben finanzielle Gründe angegeben. Die Firmen haben vorgeschlagen, die Baumaßnahme in einem durchzuziehen und die Finanzierung dafür zu übernehmen. Grundsätzlich sieht das Angebot so aus, dass heuer und im nächsten Jahr ein Teil gebaut wird, die Rechnung wird in drei Etappen gelegt. Die Leitung ist bereits erheblich schadhaft und wir müssen in nächster Zeit wieder mit Schäden rechnen. Die Frage, ob die Gemeinde bei Selbstfinanzierung niedrigere Zinsen haben könnte, haben wir nicht berücksichtigt.

Stadtrat Dr. Weihs: Hier handelt es sich um die Hauptwasserleitung. War nicht immer die Rede von einer zweiten Leitung unter der Maria Bühel-Straße?

Bürgermeister: Das ist ein eigenes Baulos.

GV Dr. Voggenhuber: Gibt es auch andere Gründe als die Finanzierung für den Bau in Etappen?

Dipl.-Ing. Kettl: Nein, in einem durchzubauen ist immer die bessere Variante, doch aufgrund der finanziellen Belastung haben wir derzeit keine andere Wahl. Wir sollten uns natürlich alle Wege offen halten.

GV Meindl: Worin sind die maßgeblichen Abweichungen zu sehen?

Dipl.-Ing. Kettl: Diese sind im Angebot definiert.

Dipl.Ing. Kettl gibt umfassende technischen Erläuterungen, die im Groben zusammengefasst folgendes beinhalten: Das Abänderungsangebot der Fa. Swietelsky schlägt eine grabenlose Ausführung vor. Dabei wäre die ordnungsgemäße Bettung jedoch nicht sichergestellt und könnte beim Einschieben eventuell eine Vorschädigung des Leitungsrohres erfolgen. Aus technischer Sicht ist daher diese Abänderung nicht zu befürworten. Aus vergaberechtlicher Sicht waren Abänderungsangebote nur in Bezug auf das anzubietende Material aber nicht auf die Ausführung zulässig. Das Angebot ist daher auch diesbezüglich auszuschneiden. Das Angebot der Fa. Koller wiederum hat jenen Mangel beinhaltet, dass die Leitungsrohre mit einem falschen und zwar zu geringen Innendurchmesser angeboten wurden. Der Aufforderung, dies richtig zu stellen, ist die Firma nicht nachgekommen. Deshalb war dieses Angebot ebenfalls auszuschneiden.

Auf einen Hinweis von Stadtrat Mag.(FH) Danner bezüglich einer Finanzierung durch die Strabag stellt der Bürgermeister fest, dass jedenfalls danach zu trachten ist, ein günstiges Angebot zu bekommen.

Der Bürgermeister stellt sodann den **Antrag, die Vergabe der Bauleistungen zur Errichtung der Transportleitung an die Firma Strabag in der Gesamthöhe von €315.225,92 netto zu beschließen. Weiters wird einer sofortigen Umsetzung im Jahr 2009 und einer Vorfinanzierung durch die Firma Strabag zugestimmt, solange die anfallenden Finanzierungskosten nicht höher als die Einsparungen gegenüber einer aufgeteilten Bauausführung (2009/2010) sind.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG – Neubau HAK/PTS

a) Zwischenfinanzierungsdarlehen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Firma Financial Services solutions & more GmbH, Herr Feichtinger, hat im Auftrag der Stadtgemeinde Oberndorf die Ausschreibung eines Darlehens über € 1.000.000,-- als Kontokorrentkredit zur Vorfinanzierung der Anlaufkosten der HAK/HAS/PTS Oberndorf durchgeführt. Die Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens ist für die Stadtgemeinde Oberndorf für die Abwicklung des Bauvorhabens und Weiterverrechnung der Finanzierungskosten an Bund/Land/Gemeinden notwendig.

Die Laufzeit dieser Zwischenfinanzierung beträgt maximal zwei Jahre. Danach wird der in Anspruch genommene Betrag in ein Ausfinanzierungsdarlehen einfließen.

Ausschreibungsteilnehmer:

1. Raiffeisenverband Salzburg, Filiale Oberndorf
2. Salzburger Sparkasse Bank AG
3. Bawag PSK Bank AG
4. Bank Austria UniCredit Group
5. Hypo Alpe Adria Bank AG
6. Salzburger Landeshypothekenbank AG
7. Kommunalkredit AG (kein Angebot abgegeben)
8. Volksbank Oberndorf

Nach Analyse der eingegangenen Gebote gemäß Ausschreibung empfiehlt Herr Feichtinger, dem Alternativangebot der Bank Austria UniCredit-Group, basierend auf dem EONIA bei täglicher Zinsanpassung und halbjährlicher Verrechnung, den Zuschlag zu erteilen. Die Marge (Aufschlag) bleibt gleich wie beim Euribor-gebundenen Angebot.“

- *20.00 Uhr – es erscheint GV Reitsamer; somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Feichtinger, Finanzberater, begrüßt, der folgendes ausführt: Ich durfte ein Darlehen ausschreiben und habe alle namhaften Unternehmen zur Anbotslegung eingeladen. Es wurden bei dieser Ausschreibung Alternativen offen gelassen; diesmal sind einige eingegangen. Sie kennen sicherlich die Unterlagen. Im Mittelbau auf Basis des Euribor kann man bis zu 1 % hinaufgehen; vor kurzem hat es noch anders ausgesehen. Die Zinsen sind allerdings gesunken und wir haben eine Möglichkeit auf Basis des EONIA angeboten bekommen, die sehr interessant ist. Der EONIA entspricht dem Taggeldsatz und wird täglich von der Österreichischen Nationalbank veröffentlicht. Sein Wert liegt im Durchschnitt zumindest 0,7 %-Punkte günstiger als der 6-Monats-Euribor. Das ist derzeit die günstigste Variante für diese Zwischenfinanzierung.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Auch ich bin der Meinung, dass diese Variante die günstigste ist. Die Basis ist eine wesentlich niedrigere, das könnte sich natürlich auch wieder umdrehen. Doch ich denke, dass für zwei Jahre das Zinsniveau so bleiben wird. Wie den Unterlagen auch zu entnehmen ist, können wir jederzeit umsteigen.

Herr Feichtinger: Die Anbieterin räumt uns das Recht der Umstiegsmöglichkeit alle 6 Monate von EONIA in Euribor ein. Das ist bei einer Laufzeit von zwei Jahren eine interessante Alternative.

Herr Feichtinger erklärt noch einige Details aus den vorliegenden Unterlagen zur Abrundung des Gesamten.

Stadtrat Prem: Die NOW ist gegen das Projekt auf diesem Standort und wird daher auch keinen Maßnahmen für dieses Projekt zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens zur Vorfinanzierung der Anlaufkosten der HAK/HAS/PTS in der Höhe von €1.000.000,-- bei der Bank Austria UniCredit Group zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (NOW).

- b) Beauftragung bauphysikalische Bearbeitung**
- c) Beauftragung Planung und örtliche Bauaufsicht elektronische Anlagen**
- d) Beauftragung Planung und örtliche Bauaufsicht haustechnische Anlagen**
- e) Beauftragung statische und konstruktive Bearbeitung**

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Für die Fachplanerleistungen wurden die erforderlichen Ausschreibungsverfahren gemäß BVergG 2006 durchgeführt. Die Leistungen werden gemäß den beiliegenden Vergabevorschlägen zur Beauftragung vorgeschlagen:

1.) Bauphysikalische Leistungen

an die Zivilingenieur-Arge Arch. DI Horst Lukas & DI Wolfgang Graml, 5071 Wals, mit einer Vergabesumme von netto 11.835,00

2.) Planung und örtliche Bauaufsicht elektrotechnische Anlagen

an das TB Ing. Pürcher, 8970 Schladming mit einer Vergabesumme von netto 46.000,00

3.) Planung und örtliche Bauaufsicht haustechnische Anlagen

an die Fa. Dick & Harner GmbH, 5020 Salzburg mit einer Vergabesumme von netto 90.732,48

4.) Statisch konstruktive Bearbeitung

an die Dipl.-Ing. Gerhard Heinrich ZT GmbH, 5020 Salzburg mit einer Vergabesumme von netto 146.063,45“

Vorweg erkundigt sich 2. Vizebgm. Mayrhofer hinsichtlich der Umwidmung des Teilgrundstückes, die abhängig ist von der Fassadengestaltung, wie der Stand der Dinge ist.

Dipl.-Ing. Müller: Es hat beim Land ein Gespräch gegeben, die Weichen sind gestellt. Wir sind optimistisch, die Zusage zu erhalten.

Bürgermeister: Vor zwei Wochen und diese Woche haben wir das Projekt abermals genau betrachtet und haben den Architekten den Auftrag erteilt, den Innenbereich nochmals zu überarbeiten. Sobald diese „grünes Licht“ geben, wird es dem Bauausschuss vorgestellt. Doch ganz so weit sind wir noch nicht, es wird noch Abänderungen geben.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Bezüglich des Hochwasserschutzes in der Alten Landstraße wurden auch Planungsaufträge vergeben. Wie sieht es damit aus?

Dipl.-Ing. Kettl: Die Projektunterlagen sind fertig gestellt, sie sind Grundlage für das Förderungsansuchen beim Bund. Darin sieht man auch, dass es keiner weiteren Maßnahmen bedarf, was die Oberflächenwässer betrifft. Es geht um den Frauenbach und den Oberndorfer Bach. Diesbezüglich läuft alles; es gibt noch Gespräche und im Juli soll es so weit sein, dass eingereicht werden kann. Es zeigen sich Lösungsmöglichkeiten. Da es sich hier um eine Bundeswasserbauangelegenheit handelt, erwarten wir Fördermittel.

Bürgermeister Schröder ergänzt, dass der Schulbau jedoch in keinem Zusammenhang mit dem Hochwasserprojekt steht.

Der Bürgermeister verliest den vorstehenden Amtsbericht und stellt den **Antrag, die Beauftragungen gemäß den darin enthaltenen Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (Fraktion der NOW)

9. Aufträge, Anschaffungen

Entfällt!

10. Subventionen

10.1. Kunstprojekt Mag. Thomas Stadler

Das Ansuchen um Projektförderung von Herrn Stadler ist dem Kulturausschuss vorgelegen. Es wurde empfohlen, eine Subvention in der Höhe von €500,-- zu gewähren. Dies soll ihm mitgeteilt werden und auch, dass auf jeden Fall bei seinen Ausstellungen ein Bezug zur Stadtgemeinde Oberndorf hergestellt werden bzw. ersichtlich sein soll.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, GV Stahl war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

10.2. Aktion S-Pass für Jugendliche

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Jugend- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 05.05.2009 einstimmig beschlossen, die Einführung des S-Passes für Jugendliche in Oberndorf und die damit verbundene finanzielle Beteiligung der Stadtgemeinde Oberndorf der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Der S-Pass soll allen Oberndorfer Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 19 Jahren angeboten werden. Die Annahme des Angebotes erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Organisation der Aktion erfolgt über das Stadtamt Oberndorf in Zusammenarbeit mit dem Verein Akzente. Der S-Pass wird vom Land Salzburg unterstützt, bietet den Jugendlichen zahlreiche Ermäßigungen und gilt als Ausweisdokument. Das Land Salzburg übernimmt die einmaligen Kosten für die Ausstellung des S-Passes für Jugendliche im Alter zwischen 12 und 15 Jahren. Für die Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren ist ein Betrag in der Höhe von durchschnittlich €33,-- durch die Stadtgemeinde zu leisten. Der Beitrag der Stadtgemeinde wird über die Minder Ausgaben bei der Ferienaktion (Freikarten für die Lokalbahn) finanziert. Derzeit bezahlt die Stadtgemeinde bei der Ausgabe der Freikarten in den Ferien für Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren den Vollpreis. Mit Besitz des S-Passes wird seitens der Lokalbahn eine 50%ige Ermäßigung akzeptiert.“

Der Bürgermeister erläutert diesen Amtsbericht nochmals im Detail.

GV Oberer: Es gibt bereits einige, die den Ausweis schon haben. Wird dieser dann aktualisiert? Vielleicht können jene Personen den Pass gegen einen Oberndorfer S-Pass austauschen.

GV Dr. Voggenhuber findet es großartig, dass der S-Pass in ganz Europa gültig ist.

Dr. Schäffer: Heute hat es ein Gespräch mit der zuständigen Dame von AKZENTE, Frau Haslinger, gegeben. Die Jugendlichen erhalten eine umfassende Information und wir laden sie auch ein, an einem Preisausschreiben teilzunehmen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Einführung dieses S-Passes für Jugendliche in Oberndorf sowie die finanzielle Beteiligung der Stadtgemeinde bei der Ausstellung zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10.3. Solarförderung Familie Auer

Die Familie Siegfried und Johanna Auer ersucht mit Schreiben vom 30.04.09 um einen Baukostenzuschuss für ihre Solaranlage. Gemäß den Förderrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf soll ein Betrag von € 550,- gewährt werden, das sind 25 % des vom Land Salzburg ausbezahlten Förderbetrages in der Höhe von € 2.200,-.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Auszahlung dieses Solarförderbetrages von € 550,- an die Familie Auer zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10.4. Schifferschützen-Corps Oberndorf

Mit Schreiben vom 14. November 2008 ersucht die Schiffergarde für den Ankauf und die Erhaltung von Uniformen für die Garde und die Stadtkapelle um finanzielle Unterstützung für das Jahr 2009 in der Höhe von € 2.800,-.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, diese Subvention zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Allfälliges

2. Vizebgm. Mayrhofer: Aufgrund der erwähnten Faktoren – und wir verfügen über keinerlei Reserven – ist es notwendig, dass wir uns vor der Sommerpause den finanziellen Ist-Stand ansehen. Wir sind vor einer Situation, die wir noch nie in der Form hatten wie jetzt, und wir müssen sie uns immer klar machen. Mein Anliegen daher: Wir sollten uns Mitte des Jahres ansehen, wo wir wirklich stehen. Das Jahr 2010 ist in kürzester Zeit da. Aus meiner beruflichen Sicht ist eine Vorausschau daher unbedingt notwendig. Jeder einzelne Gemeindevertreter muss wissen, was in Oberndorf wirklich Sache ist.

Der Bürgermeister dankt für den Vorschlag und hält fest, dass es auch notwendig sein wird, sich mit anderen Dingen auseinander zu setzen, z. B. mit den Sozialausgaben, die noch weiter steigen werden. Vom Land gibt es das Begehren, dass Eigenvermögen nicht mehr angetastet werden soll. Diesbezüglich wird man sich sehr stark wehren müssen, denn es geht eindeutig in Richtung Gemeinden.

Zu den Bundesertragsanteilen: Wir werden im Sommer auch noch nicht mehr wissen, das wird erst im Herbst sein, wenn der Bund die Schlüsselzuweisungen durchführt. Jedenfalls haben wir sicher weniger zu erwarten. Ich denke, die Gemeindevorstellung mit den Fraktionssprechern ist das richtige Gremium für das gewünschte Gespräch. Die Ausgaben für das laufende Jahr sind genau zu überdenken, das wird vor allem den Bereich der Ermessensausgaben betreffen. Das wird sicherlich eine interessante Diskussion. Ich hoffe nicht, dass der budgetierte Rahmen (z. B. die freiwilligen Subventionen an die Vereine) angetastet wird. Wir sollten uns vielleicht nicht erst im November zu einer Klausur treffen, sondern schon im Laufe des Monats September. Von der Abteilung 11 des Landes werden wir jedoch keine Aussage erhalten.

Stadtrat Dr. Weihs: Im Überprüfungsausschuss wurde auch über den aktuellen Stand der Ertragsanteile berichtet. Es sollte viermal pro Jahr ein Bericht erfolgen. Auch die monatliche Erstellung einer Auflistung ist möglich. Wolfgang Tajkovsky hat allerdings gesagt, so etwas darf nicht aus dem Haus gehen. Ich ersuche schon, dass die gesamte Gemeindevertretung alle Informationen erhält.

Bürgermeister: Ich möchte nicht haben, dass Jahresrechnungen mit den dazugehörigen Unterlagen im Kaffeehaus besprochen werden. Was die Haushaltslisten betrifft, werden wir mit Wolfgang Tajkovsky sprechen, wie er dazu steht. Es wird vermutlich auch ein EDV-technisches Problem sein. Überdies gehören die Unterlagen erklärt, da sie für Laien schwer verständlich sind. Ein entsprechender Termin wird vereinbart.

Stadtrat Prem: In Laufen kursieren Gerüchte, dass die Schloßstraße und der Stadtplatz völlig verändert werden. Weiß man hier etwas davon?

Bürgermeister: Ich kenne keine Details. Es geht um Verkehrsberuhigung, da gibt es aber verschiedene Ansichten.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es gibt einen Vorschlag des Amtes, wonach eine Ampelregelung eingeführt werden soll, damit die Autos in Richtung Oberndorf vor der Ampel stehen bleiben müssen, um die Abgassituation in der Schloßstraße zu verändern. Das ist jedoch für Laufen nicht vorstellbar.

Zwei weitere Anliegen: Ich bitte, dass man die Beschilderung des Krankenhaus-Parkplatzes überdenkt. Der neu errichtete Parkplatz ist abgesperrt und mit einem Fahrverbot versehen mit dem Zusatz „ausgenommen Mitarbeiter des Krankenhauses“. Wenn dort die Mitarbeiter parken, sollte man diese Einschränkung für den Platz hinter dem Krankenhaus aufheben, damit der Besucher dort parken kann.

Bürgermeister Schröder wird diese Anregung weitergeben.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Es gibt das Gerücht, dass im alten Gebäude der Post neben dem jetzigen Postamt eine islamische Gebetsstätte eingerichtet wird.

Bürgermeister: Es ist der Stadtgemeinde und auch der Pfarre bekannt, dass diese Gebetsstätte im ehemaligen Wählamt eingerichtet werden soll. Seitens der Betreiber wurde bei uns angefragt, ob dies baulich möglich sei. Dem ist nichts zu entgegen. Der Initiator, Herr Ozan, hat mit dem Hausbesitzer Kontakt aufgenommen. Ich habe mit Pfarrer Mag. Erber gesprochen, er hat nichts dagegen. Die gesamte Angelegenheit läuft jedoch auf privater Ebene.

GV Tutschka: Speziell ausländische Lkw-Züge missachten vermehrt das Fahrverbot nach Oberndorf herein und auch die Höhenangaben. Sie versuchen nach Laufen zu kommen. Gibt es eine Möglichkeit in Zusammenarbeit mit der Polizei und der Landesstraßenverwaltung, eine bessere Beschilderung zu installieren?

Bürgermeister: Du kennst die Beschränkungen für unsere Stadt. Wir konnten eine 7,5-t-Beschränkung erwirken. Die Landesstraßenverwaltung hat in einer Besprechung eine bessere Beschilderung zugesagt. Die Standorte stehen bereits fest.

12. Anbringung einer Werbeanlage (nachträglich aufgenommen)

Die Rechtsanwälte Dr. Greger/Dr. Auer haben auf dem Gemeindegrundstück vor dem Objekt Salzburger Straße 77 (Familie Kletzl) eine Werbeanlage errichtet. Die beiden Herren behaupten, dass dies kein Gemeindegrund ist.

Bürgermeister Schröder verliest ein diesbezügliches Schreiben unseres Rechtsanwaltes Dr. Ramsauer wie folgt:

„In obiger Angelegenheit darf ich berichten, dass Herr Kollege Dr. Auer mit mir am 7.5.2009 telefonisch Kontakt aufgenommen hat. Dr. Auer hat erklärt, dass er und sein Kanzleipartner an eine Entfernung des Kanzleischildes nicht denken würden. Er argumentierte mir gegenüber damit, dass die Gemeinde für dieses eine Bewilligung nach dem Ortsbildschutzgesetz erteilt hätte. Außerdem wäre das Kanzleischild nicht auf Gemeindegrund errichtet. Herr Kollege Dr. Auer hat die Richtigkeit des Grenzverlaufes in Abrede gestellt. Da Dr. Auer wortwörtlich angegeben hat, über die Forderungen der Gemeinde „nur lachen zu können“, wird nichts anderes übrig bleiben, als die Klage einzubringen. In der Beilage übermittle ich Ihnen den vorbereitenden Klagsentwurf mit der Bitte um Genehmigung der Klageeinbringung durch Beschluss der Gemeindevertretung.“

Anschließend verliest der Bürgermeister die vorliegende Begründung für diesen Schritt, die wie folgt lautet:

„Durch die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Erich Greger/Dr. Günther Auer wurde auf dem der Stadtgemeinde Oberndorf gehörenden Grundstück 1206 Grundbuch 56410 eine Werbeanlage unerlaubter Weise angebracht (Pflanzinsel im Bereich der Salzburger Straße 77). Trotz Aufforderung durch die Stadtgemeinde, einem persönlichen Gespräch von Stadtrat Mag. (FH) Danner und der schriftlichen Aufforderung unseres Rechtsvertreters Dr. Günther Ramsauer wurde durch Herrn Dr. Auer unserem Rechtsanwalt am 07.05.2009 telefonisch mitgeteilt, dass er und sein Kanzleipartner an eine Entfernung des Kanzleischildes (Werbeanlage) nicht denken würden. Er argumentierte, dass die Gemeinde für dieses eine Bewilligung nach dem Ortsbildschutzgesetz erteilt hätte. Außerdem streitet er ab, dass das Schild/die Werbeanlage auf Gemeindegrund errichtet wurde. Der uns vertretende Rechtsanwalt hat mit Schreiben vom 11.05.2009 einen Klagsentwurf gegen Dr. Erich Greger und Dr. Günther Auer an die Stadtgemeinde Oberndorf übermittelt. Folgendes Urteil wird dahingehend begehrt:

URTEIL:

Die beklagten Parteien sind zu ungeteilten Handlung schuldig,

- 1. die im Lichtbild Beilage ./A dargestellte und auf dem Grundstück 1206 der EZ 584, Grundbuch 56410 Oberndorf, errichtete Werbeanlage in Form einer Stele mit den Abmessungen 500 x 2.000 x 100 mm (Breite x Höhe x Tiefe) samt der Fundierung zu entfernen,*
- 2. den ursprünglichen Zustand der im Lichtbild Beilage ./A ersichtlichen und auf der zuvor angeführten Liegenschaft befindlichen Pflanzinsel durch Aufbringung von Blumenerde wiederherzustellen,*
- 3. an die klagende Partei zu Handen der Klagevertreter € 50,00 samt 4 % Zinsen aus diesem Betrag seit 7.5.2009 zu bezahlen und*
- 4. die Prozesskosten zu Handen der Klagevertreter zu ersetzen.*

Die Klage wird beim Bezirksgericht Oberndorf eingebracht.“

Bürgermeister: Wir haben mehrmals versucht, einen Konsens zu finden. Dem Vermieter ist die Angelegenheit auch zutiefst unangenehm. Doch es war bisher kein Konsens möglich.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich habe mit Dr. Greger gesprochen und bin auch gescheitert. Trotzdem bin ich der Meinung, dass man versuchen sollte, alle Herren an einen Tisch zu holen.

Bürgermeister: Wir haben wirklich alles versucht, sowohl Dipl.-Ing. Müller als auch ich. Letzte Woche gab es dann noch einen Vorfall mit einem Bauhofmitarbeiter. Die Parkplätze vor dem Objekt Salzburger Straße 77 sind weder markiert noch nummeriert, überdies war die gesam-

te Fläche frei. Unser Mitarbeiter, der dort mit dem Unimog zum Blumen gießen stand, wurde am Wegfahren gehindert. Es kann nicht sein, dass Mitarbeiter der Stadtgemeinde genötigt werden. Es werden in dieser Angelegenheit zwar auch Kosten anfallen, doch die Stadtgemeinde muss sich wirklich nicht alles bieten lassen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich habe durch Zufall die Situation selbst beobachtet, bin jedoch nach wie vor der Meinung, den Verhandlungsweg einzuschlagen.

Bürgermeister: Ich habe heute noch mit dem Hausbesitzer gesprochen, der konnte auch nichts machen. Da trotz oftmaliger Versuche, eine Einigung zu erzielen, dies nicht möglich war, stelle ich den Antrag, die Einbringung einer Klage zu beschließen.

Stadtrat Dr. Weihs hält auch nichts vom gerichtlichen Weg und hält diese Angelegenheit für ein „heiteres Bezirksgericht“.

Bürgermeister: Wir sind weder Marionetten noch ein heiteres Bezirksgericht. Jetzt ist ein Punkt erreicht, wo ich für die Klage bin, und ich bitte um Verständnis dafür. Es geht vor allem auch um etwaige Folgewirkungen.

Dipl.-Ing. Müller erklärt den neuen Grenzkataster, die Grundstücksgrenzen und die Besitzverhältnisse des Pflanzbeetes.

2. Vizebgm. Mayrhofer ist der Meinung, dass offensichtlich nicht klar ist, wem der Grund gehört und möchte wissen, ob es eine Kostenbewertung gibt.

Bürgermeister Schröder beziffert den Klagswert mit € 7.000,-- und warnt abermals vor den möglichen Folgewirkungen.

Stadtrat Stranzinger: Mir gefällt es auch nicht, dass man so etwas gerichtlich austrägt. Noch wenn Einigungsbestrebungen immer nur von einer Seite betrieben werden und diese Seite nur vor den Kopf gestoßen wird, dann bleibt wohl nichts anderes übrig. Es gibt Rechte und Pflichten, die jeder Bürger einzuhalten hat. Bloß weil die Herren Dr. Auer und Dr. Greger Rechtsanwälte sind, ist das nicht zu akzeptieren, auch die haben eine gewisse Ordnung einzuhalten. Man muss hier jetzt einen Schlusstrich ziehen, denn als Privater kann man sich auch nicht derartig spielen. Und auch Dr. Auer wird sich daran halten müssen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich gebe dir Recht, doch es waren noch nie alle Betroffenen an einem Tisch.

GV Dr. Voggenhuber: Ich habe mir auch gedacht, dass es vielleicht mit einem Mediator ginge. Ich verstehe den Unmut der Gemeinde, doch ich denke schon auch, dass man den außergerichtlichen Weg beschreiten sollte. Wenn es nicht gelingt, kann man immer noch klagen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Ich möchte vor Einreichung der Klage noch Rechtssicherheit haben und etwas Schriftliches vom Grundstückseigentümer.

Dr. Schäffer: Dr. Ramsauer hat mit Dr. Auer gesprochen. Das Ergebnis war wie eingangs vom Bürgermeister verlesen. Die nächste Gemeindevertretungssitzung, in der ein Klageweg beschlossen werden könnte, ist erst im Juli. Dann kämen wir in die Gerichtsferien und hätten einen erheblichen Zeitverlust. Man müsste damit rechnen, dass alles um mehrere Monate verzögert würde.

Stadtrat Innerkofler: Die ganze Geschichte läuft jetzt schon wochenlang. Wenn Dr. Auer eine Lösung hätte finden wollen, hätten wir sie schon längst. Zu den Kosten: Unser Grundstück,

auf dem die Stele errichtet wurde, ist ja auch etwas wert. Daher sollte man dem ein Ende setzen.

1. Vizebgm. Feichtner: Es wurde alles versucht. Zuwarten bringt nichts. Rechte und Pflichten sind für alle gleich. Ich bin für einen Prozess.

Stadtrat Prem: Was macht die Herren Auer und Greger so sicher, dass sie zu Gericht gehen? Ist es wirklich 100%ig sicher, dass wir im Recht sind?

Bürgermeister: Wir können eine schriftliche Zustimmung von Herrn Kletzl einholen, aber ich möchte heute eine Abstimmung.

GV Dr. Voggenhuber verweist auf die Schichtungsstelle, die im Reinhaltverband eingerichtet wurde.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Klags- einbringung laut dem vorliegenden eingangs zierten Text von Dr. Ramsauer gegen die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Greger/Dr. Auer zu beschließen. Vor Absendung der Klageschrift wird vom Bürgermeister im Beisein von Mag. Kletzl mit Dr. Greger/Dr. Auer noch ein klärendes Gespräch versucht. Sollte es zu keiner sofortigen Lösung kommen und eine Zeitverzögerung versucht werden, wird geklagt.**

Offene Abstimmung über diese Vorgangsweise (23 GV anwesend): 17 Stimmen dafür (SPÖ, NOW, FPÖ), 5 Stimmen dagegen (GRÜNE und 2. Vizebgm. Mayrhofer, Stadtrat Mag.(FH) Danner und GV Schick von der ÖVP), 1 Stimmenthaltung (GV Neumeier, ÖVP)

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.03 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 13.05.09

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
-----	-----------	-------------	--------------

1. Dringlichkeitsantrag – Aufnahme TOP 12.
„Anbringung einer Werbeanlage“ betr. Salzburger Straße 77 (Dr. Greger/Dr. Auer)
4. Jahresrechnung 2008
5. Jahresrechnung 2008 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
6. Verlängerung Kontokorrentkredit Salzburger Sparkasse
7. Neuerrichtung Transportleitung Maria Bühel
8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG –
Neubau HAK/PTS
 - a) Zwischenfinanzierungsdarlehen
 - b) - e) Bauauftragung bauphysikalische Bearbeitung, Planung u. Bauaufsicht elektronische und haustechnische Anlagen, statische u. konstruktive Bearbeitung
10. Subventionen
12. Anbringung Werbeanlage – Klagseinbringung